



Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Alten Hansestadt Lemgo

Fraktionssprecher: Dr. Burkhard Pohl
Tel. 05261-934088
Fax: 05261-934077
Mail: gruene@lemgo.de
Fraktionsgeschäftsführung: Petra Arndt

Lemgo, 21.02.2013

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

bundesweit wenden sich Kommunen und Institutionen gegen die Planungen der EU zur europaweiten Ausschreibung der Wasserversorgung. Auch Lemgo mit seinen Stadtwerken wäre von den aktuellen Planungen betroffen.

Zur nächsten Ratssitzung beantragen wir daher die Abstimmung über folgenden Resolutionsvorschlag:

Wasserversorgung und Abwasserreinigung gehören in die öffentliche Hand

Der Rat der Alten Hansestadt Lemgo erklärt:

1. Der Rat der Alten Hansestadt Lemgo spricht sich nachdrücklich gegen die Planungen der Europäischen Union aus, die Versorgung mit Trinkwasser und die Bewirtschaftung der Wasserressourcen den Binnenmarktregelungen zu unterwerfen.
2. Der Rat der Alten Hansestadt Lemgo unterstützt ausdrücklich die Bestrebungen zahlreicher Organisationen wie des Deutschen Städtetages, die die EU-Richtlinie zur Vergabe von Konzessionen ablehnen.

Wir fordern die Abgeordneten des nordrhein-westfälischen Landtages, des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments auf, sich gegen eine Ausschreibungspflicht für Dienstleistungskonzessionen im Hinblick auf die Daseinsvorsorge auszusprechen sowie die kommunale Selbstverwaltung und die Trinkwasserversorgung zu schützen.

Begründung:

Die Wasserversorgung ist ein Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge. Diese bewährten Strukturen gilt es im Interesse von Umwelt, Bürgerinnen und Bürgern und kommunaler Selbstverwaltung zu bewahren.

Der EU-Binnenmarktausschuss hat am 24.1.2013 für eine Neuregelung der Vergaberichtlinien gestimmt, die auch den Dienstleistungsbereich betreffen (z. B. Wasserversorgung, soziale Dienstleistungen). Die Richtlinie sieht derzeit vor, dass Kommunen ihre Wasserversorgung europaweit ausschreiben müssen, sofern diese nicht zu 100% öffentlich-rechtlich organisiert ist.

Stadtwerke, die sich in öffentlicher Hand befinden, aber privatrechtlich organisiert sind und mehrere Sparten haben, wären nur dann von der Konzessionsvergaberichtlinie befreit, wenn der Jahresumsatz zu mindestens 80 % mit der Wasserversorgung der Kommune erwirtschaftet würde. Damit wäre Lemgo von der Richtlinie betroffen.

Eine Privatisierung der kommunalen Wasserversorgung droht zu einem enormen Wettbewerbsdruck zu führen, oftmals verbunden mit steigenden Kosten für die Verbraucherinnen und Verbraucher und einer Verschlechterung der Qualität.

Neben zahlreichen Organisationen hat sich auch der Deutsche Städtetag eindeutig gegen die Richtlinie positioniert: <http://www.staedtetag.de/presse/mitteilungen/064444/index.html>

gez. Dr. Burkhard Pohl